

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2006-2007

Nr. 14

Ausführlicher Bericht

4. Juni 2007

**DEKRETENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES EINNAHMENHAUSHALTSPLANES
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR DAS HAUSHALTSJAHR 2007 –
DOKUMENT 5-071 (2006-2007) NR. 2**

**DEKRETENTWURF ZUR ERSTEN ANPASSUNG DES ALLGEMEINEN
AUSGABENHAUSHALTSPLANES DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT FÜR
DAS HAUSHALTSJAHR 2007 – DOKUMENT 5-171 (2006-2007) NR. 2**

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT.- Herr Minister Paasch hat das Wort!

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu dieser ersten Haushaltsanpassung des Jahres 2007 zwei grundsätzliche Bemerkungen machen. Erstens, wir werden voraussichtlich zum vierten Mal in Folge alle unsere finanzpolitischen Ziele erreichen. Wie Kollege Franzen aus seiner Zeit als Mehrheitsfraktionsführer sicherlich noch wissen wird, hat das in der finanzpolitischen Geschichte unserer Gemeinschaft durchaus

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 4. Juni 2007 - 579 -

Seltenheitswert. Diese erfolgreiche Haushaltsdisziplin schafft nach dem finanziellen Würgegriff aus den 90er Jahren für die Deutschsprachige Gemeinschaft eine völlig neue, gesunde finanzielle Grundlage mit endlich noch einmal Handlungsspielräumen für zukünftige Herausforderungen.

Zweitens, wir halten auch nach dieser Haushaltsanpassung an der Politik fest, den Unterrichtshaushalt trotz sinkender Schülerzahlen immer wieder jedes Jahr zu erhöhen. Interessanter, Kolleginnen und Kollegen, als die eigentlich relativ unbedeutende Haushaltsanpassung sind jedoch die Themen, die heute im Umfeld dieser Haushaltsanpassung diskutiert wurden. Zunächst einmal die Durchforstung, die natürlich auch das Unterrichtswesen betrifft. Wir haben bereits im Jahre 2005 die Vorruhestandsregel im Unterrichtswesen abgeändert. Dadurch erzielen wir mittelfristig eine jährliche Einsparung von 500 000 EUR, also 500 000 EUR an neuen finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten im Unterrichtswesen. Durch die Abendschulreform fügen wir in diesem Jahr weitere 200 000 EUR jährlich hinzu. Durch die Kürzung bei den Internaten im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden weitere 30 000 EUR jährlich hinzugefügt. Das sind übrigens nur drei Beispiele mit konkreten Zahlen. Die Maßnahmen aus dem Durchforstungskatalog, gekoppelt mit den zusätzlichen Einnahmen aus den Lambermont-Gesetzen, erlauben es uns, neue bildungspolitischen Weichen zu setzen und die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in unserer Gemeinschaft zu verbessern. Dank dieser umsichtigen und zugleich mutigen Finanzpolitik können wir neue Akzente setzen, von denen ich nur einige beispielhaft aufzählen möchte.

Wir haben für das Grund- und Förderschulwesen neue Stellen für Lehrpersonalmitglieder geschaffen, und wir werden über das Sammeldekret 2007 ebenfalls neue, zusätzliche Stellen im Sekundarschulwesen schaffen. Wir haben über das Sektorenabkommen mit den Gewerkschaften einvernehmlich dazu beigetragen, dass auch die Attraktivität des Lehrerberufs verbessert wird. Die Tatsache, dass wir die Einstiegsgehälter für Lehrpersonen und Beschäftigte im Unterrichtswesen um 10 % erhöhen, wird in kürzester Zeit aus den zukünftigen Lehrpersonen der Deutschsprachigen Gemeinschaft die bestbezahlten in Belgien machen. Wir lagen immer über der Französischen Gemeinschaft und werden nun die Flämische Gemeinschaft überholen. Die in der Tat radikale Tarifreform im Unterrichtswesen wird für die Beschäftigten im Unterrichtswesen ganz konkret für mehr Planungssicherheit und vor allem für mehr

Gerechtigkeit bei der Besoldung sorgen und gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, Bürokratie in der eigenen Verwaltung abzubauen.

Kolleginnen und Kollegen, diese Gehaltserhöhungen, die mit dieser gerechteren Bezahlung verbunden sind, greifen nicht erst im Jahre 2010 oder gar 2015, diese Gehaltserhöhungen wird es noch konkret in dieser Legislaturperiode im Januar 2009 geben. Diese Regierung wird also den größten Teil dieses Sektorenabkommens noch in dieser Legislaturperiode finanzieren. Alle Sektorenabkommen waren in der Vergangenheit immer so aufgebaut, dass sie langfristig angelegt wurden und ein Teil der Folgen aus diesen Abkommen natürlich auch von den nachfolgenden Regierungen getragen werden mussten.

Beispielsweise bezahlt diese Regierung noch heute konkret am letzten Abkommen. Auch für das vorletzte Abkommen hat die letzte Regierung Finanzspielräume aufbringen müssen. Entscheidend ist, dass der größte Teil dieses Sektorenabkommens, dieser 1,5 Millionen EUR rekurrent jedes Jahr, noch in dieser Legislaturperiode aufgebracht und ganz konkret den bereits heute im Unterrichtswesen beschäftigten Personalmitgliedern zugute kommen wird. Dies gilt im Übrigen auch für die korrektere Bezahlung der zeitweilig Bezeichneten am Monatsende; hierfür werden wir 1,27 Millionen EUR zusätzlich aufbringen. Auch das tun wir noch in dieser Legislaturperiode konkret über den Haushalt 2009.

Nachdem wir gezwungen waren, die Lebensarbeitszeit im Unterrichtswesen zu erhöhen, wozu es nirgendwo in Europa eine Alternative gibt, helfen wir noch in dieser Legislaturperiode den Menschen durch das moderne System der Altersteilzeit, länger zu arbeiten. Wir schaffen dabei gleichzeitig neue Dienstleistungen in unseren Schulen. Die Betreuung von Berufseinsteigern, die individuelle Förderung

- 580 - Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft

von Schülern mit einer Lernschwierigkeit, die Organisation von Weiterbildungen für unser Lehrpersonal, die Organisation von Teamarbeit in Lehrerkollegien, die Hausaufgabenhilfe, die Nachhilfestunden, die Führung von Bibliotheken und vieles andere mehr werden von den Menschen geleistet werden können, die diese moderne Form der Altersteilzeit in Anspruch nehmen. Dieses Sektorenabkommen schafft die Voraussetzungen dafür, dass wir nicht das erleben, was andere in Europa bereits heute kennen, nämlich Unterrichtsausfall wegen Lehrermangels.

Aber, Kolleginnen und Kollegen, es genügt nicht, zusätzliche Stellen zu schaffen, es genügt auch nicht, diese zusätzlichen Stellen attraktiv zu gestalten, wir müssen natürlich gleichzeitig – wenn wir die Unterrichtsqualität verbessern wollen – die Rahmenbedingungen für das schulische Arbeiten in unseren Schulen verbessern. Dazu werden wir im September sehr viel sagen können, dazu werden wir aber auch heute schon einiges andeuten können. Wir werden verstärkt in die Ausstattungen unserer Schulen und auch in die Schulbauten investieren. Bröckelnde Fassaden, aufgerissene Schulhöfe, zu kleine Klassenzimmer, fehlende Lehrerzimmer - diese Zustände müssen ein für allemal aus der Bildungslandschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft verschwinden. Diese Regierung ist bereit, alleine für Schulbauten 40 Millionen EUR aufzubringen; das sind Investitionen in Gebäude und damit selbstverständlich auch Investitionen in die Menschen, die in diesen Gebäuden arbeiten und lernen. Es ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, wie bedeutsam die Ausbildung von Kindern und Jugendlichen für die Regierung ist.

Kollege Palm hat völlig Recht: Wer solche Investitionen tätigt, der muss auch dafür sorgen, dass sie mittel- und langfristig finanzierbar bleiben, und dazu wird die 15 %-Regel eine entscheidende Grundlage liefern. Diese Investitionen sind mittel- und langfristig genauso finanzierbar wie das Sektorenabkommen, von dem ich eben gesprochen habe. Alle diese finanziellen Auswirkungen werden selbstverständlich in der Simulation der mittel- und langfristigen Finanzplanung unserer

Gemeinschaft enthalten sein.

Ein Aspekt dieser Schulbaupolitik wurde eben besonders thematisiert: das Infrastrukturkarussell auf dem Gebiet der Stadt Eupen. Man hat uns lange nicht zugetraut, für alle von diesem Karussell betroffenen Einrichtungen einen idealen Standort auf dem Gebiet der Stadt Eupen zu finden. Heute wissen wir, dass uns das gelungen ist. Alle Entscheidungen, die wir alleine in unserem Zuständigkeitsbereich treffen konnten, sind getroffen worden. Für alle diese Einrichtungen wurde ein Standort gefunden, mit dem, so glaube ich, alle zufrieden sind. Das gilt sowohl für das gemeinsame Projekt des RSI und des ZAWM als auch für die Pater-Damian-Schule, für das Staatsarchiv, für die Autonome Hochschule und das IDGS. Offen bleiben noch die Standortsentscheidungen für die Unterstädter Schulen und für die Französische Schule; darüber wird allerdings mit der Stadt Eupen verhandelt werden müssen. Das kann die DG bekanntlich nicht alleine entscheiden.

Heute wissen wir auch, dass die Entscheidung des Parlamentes zum Umzug dieses Hauses richtig war. Ich bestätige das, was mehrere Redner der Mehrheitsfraktionen bereits gesagt haben: Ohne den Umzug des Parlamentes aus diesem Gebäude, in dem wir uns jetzt befinden, hätte es für die langfristige Absicherung der PDS am Kaperberg keine – ich betone „keine“ – realistische Alternative gegeben. Wir alle wissen, dass die PDS dringend neue Räumlichkeiten braucht. Sie braucht eine modern ausgestattete Mediothek, ein vernünftiges Refektorium, zusätzliche Klassenräume und geeignete Büroräumlichkeiten. Ich behaupte, dass es für die PDS keine Alternative zum Parlamentsgebäude bzw. -gelände gibt. Ich bin aber nicht der Einzige, der das behauptet. Ich darf Ihnen aus einem Brief zitieren, den das Freie Katholische Unterrichtswesen der Regierung hat zukommen lassen: „Sowohl für die PDS als auch für das Staatsarchiv wären Gelände und Gebäude des Parlamentes in jeglicher Hinsicht ideal. Zudem ist dieser Standort nachweisbar die einzige Möglichkeit, unserer Schule und dem Staatsarchiv eine zeitgemäße Infrastruktur anzubieten. Es gibt für die PDS keine Alternative. Sollten Sie“ – gemeint war die Regierung – „uns dieses Gelände und Gebäude nicht zur Verfügung stellen, haben PDS und Staatsarchiv weder kurz- noch langfristig eine Perspektive auf vernünftige Arbeitsbedingungen.“ Zitat Ende! Diese Aussagen des Freien

Ausführlicher Bericht – Plenarsitzung vom 4. Juni 2007 - 581 -

Katholischen Unterrichtswesens wurden von allen Betroffenen, sowohl vom Staatsarchiv als auch von der Schule selbst, im Nachhinein bestätigt.

Nun haben wir heute von der Ecolo-Fraktion vernommen, dass sie einen geschickten Weg sucht, um dem Umzug des Parlamentes ins Sanatorium nicht zustimmen zu müssen. Das werden Sie nicht in der Öffentlichkeit glaubwürdig bestreiten können: Sie kommen von Ihrer damaligen Position ab, und in gewisser Weise kann ich das in Ihrer heutigen Rolle in der Opposition zumindest auch nachvollziehen.

HERR NIESEN (*aus dem Saal*).- Sie haben nicht zugehört!

HERR PAASCH, Minister.- Die Zukunft der PDS, des Staatsarchivs, die Zukunft von hunderten Personen, die Zukunft von zurzeit etwa 1.100 Schülerinnen und Schülern von einer Volksabstimmung abhängig zu machen, halte ich für nicht sinnvoll. Das Instrument einer Volksbefragung, bevor es hier konkret angewandt wird, müsste übrigens zunächst einmal grundsätzlich hinterfragt und ausgearbeitet werden. Man stelle sich einmal vor, vor einigen Jahren hätten wir ohne vernünftige Grundlage eine Volksbefragung durchgeführt beispielsweise über die Frage, ob wir die Agentur für Nachhaltige Entwicklung gründen sollten. Ich glaube, damals hätten Sie sich in dieser Frage keine Volksbefragung gewünscht.

Die Regierung ihrerseits bringt den Mut auf, dieses Parlamentsgebäude dem Staatsarchiv und der PDS anzubieten. Auch – und das ist nicht der entscheidende Grund, aber doch ein Aspekt –

weil es sich für die Gemeinschaft und für die öffentlichen Steuergelder um eine finanziell interessante Option handelt. Denn dadurch, dass dieses Parlament auszieht und die PDS und das Staatsarchiv hier einziehen, wird ein Projekt in einer Größenordnung von 10 Millionen EUR für die PDS nicht verwirklicht werden müssen, das ansonsten notwendig geworden wäre. Auch die CSP hat im Ausschuss für Unterricht bestätigt, ich zitiere: „... dass alle Parteien mit der jetzt vorgeschlagenen Zuteilung der Immobilien zufrieden seien.“ Das werden Sie nicht bestreiten – das steht so im Ausschussbericht -, genauso wenig, so hoffe ich, wie die Vertreterin der CSP bestreiten wird, dass sie den Betroffenen, dem Staatsarchiv, dem Freien Katholischen Unterrichtswesen und der PDS, die alle mit uns zusammen an einem Tisch gesessen haben, versprochen hat, dass sie sich für einen raschen Einzug der PDS und des Staatsarchivs in dieses Gebäude einsetzen wird. Das setzt natürlich voraus, dass das Parlament vorher möglichst rasch auszieht. Ich hoffe, Kolleginnen und Kollegen der CSP, dass Sie dieses Versprechen der Sache wegen und den betroffenen Menschen zuliebe einhalten werden.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich schlussfolgern: Erstens, die Maßnahmen aus dem Durchforstungskatalog und die zusätzlichen Einnahmen aus den Lambermont-Gesetzen eröffnen endlich noch einmal neue Spielräume für zukünftige Herausforderungen, sie schaffen eine gesunde finanzielle Grundlage für zukünftige Generationen. Zweitens, aus allen Haushaltsentwürfen wird deutlich, dass diese Regierung der Ausbildung unserer Jugendlichen eine größtmögliche Priorität beimisst. Wir erhöhen den Unterrichtshaushalt jedes Jahr trotz sinkender Schülerzahlen; das ist in Europa relativ einzigartig, aber mit Sicherheit der richtige Weg. Kolleginnen und Kollegen, Sie werden festgestellt haben, dass wir nicht nur über neue bildungspolitische Reformen sprechen, wir setzen sie auch um und bringen das dafür notwendige Geld auf. Ich danke Ihnen!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)